

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 15 (1925)
Heft: 26

Rubrik: Politische Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Wochenschau.

Der Entwaffnungsnote ist nun auch die französische Antwortnote zum deutschen Garantieangebot gefolgt. Das Memorandum Stresemanns vom 9. Februar 1925 an die französische Regierung wies auf die Möglichkeit hin, den französisch-deutschen Antagonismus durch einen Pakt und Schiedsvertrag zu beseitigen. Deutschland sei bereit, mit England, Frankreich und Italien einen Vertrag zu schließen, in dem sich alle Teilnehmer verpflichteten, ihre Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Deutschland würde außerdem auch einen Pakt annehmen, der ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert unter Annahme eines entmilitarisierten und neutralisierten Rheinlandes. Das Memorandum weist am Schluß auf die Wünschbarkeit einer dieser Abmachungen garantierenden Weltkonferenz hin.

Man war allgemein überrascht, als man von Stresemanns Angebot hörte. Seine Vorschläge lagen nicht in der Richtung seiner bisherigen Politik. Das Mißtrauen machte aus dieser hochbedeutenden Friedensgeste einen listigen Diplomatenstreich: Stresemann wollte versuchen, Frankreich und England auseinanderzusprennen. Denn England werde mit beiden Händen zugreifen, während Frankreich, mißtrauisch wie es sei, einen Pakt, der nur die Rheingrenze und nicht auch die Grenze der französischen Schützlinge, der Tschechoslowakei und Polens, garantiere, ablehnen werde. Aus diesem Zwiespalt werde sich die Ablösung Englands von Frankreich und eine Schwächung der französischen Machtstellung in Europa ergeben, an der Deutschland wieder erstarken könne. Diese Argumentation läßt sich heute noch nicht abschließend würdigen. Sicher nur ist dies: wenn das deutsche Sicherheitsangebot ein diplomatischer Trick sein sollte, was wir nicht für wahr halten, dann ist er gründlich mißlungen, d. h. er hat die gewünschte Wirkung nicht erreicht, indem Briands Geschicklichkeit die englisch-französische Divergenz in der Sicherheitsfrage überbrückt hat und die beiden Verbündeten einig sind. Dagegen hat das Memorandum die Friedensfrage wieder in Fluß gebracht, die in der Ära Poincaré-Cuno ganz im nationalen Haß zu versanden drohte. Die Schmähungen, die Stresemann heute von den Nationalen um Rowenlow herum erfährt, sind ein wertvolles Zeugnis für die gute Sache.

Noch ist der Pakt nicht geschlossen; noch sind die Schwierigkeiten, die sich dem europäischen Frieden entgegenstellen, nicht gelöst. Briands Note vom 18. Juni deckt sogar neue auf. Sie läßt keine Zweifel darüber aufkommen, daß der Pakt nur zustande kommen wird, wenn Deutschland sich für den bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund erklärt, was gleichbedeutend ist mit vorbehaltloser Anerkennung der Friedensverträge, also auch des Vertrages von Versailles, der die Ostgrenze garantiert. Erfüllt Deutschland diese Vorbedingung, dann kann Frankreich unbedenklich dem deutschen Garantievorschlag betreffend die Rheingrenze zustimmen. Deutschland steht dann auf dem Boden, auf den es die französische Politik immer führen wollte: auf dem der friedfertigen Erfüllung, der loyalen Verhandlung und von dem es ohne Verlust seines Ansehens bei der übrigen Welt nicht mehr abgehen kann. Wird Deutschland diesen Weg gehen wollen? Er bedingt die politische Krise im Innern.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist die Krise bereits akut. Die Deutschnationalen haben eine Probe davon zu spüren bekommen. Ihr Antrag auf Einführung des 18. Januars (Gründung des Kaiserreiches) als nationalen Feiertag wurde im Reichstag mit starkem Mehr abgelehnt. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß auch den Reformvorschlägen des Innenministers Dr. Schiele besonders dem Verlangen nach Wiedereinführung der schwarzweiß-roten Flagge als Reichsfahne, das gleiche Schicksal bereitet wird. Als Zeichen schwerer Zeiten im deutsch-

nationalen Lager ist auch der Konkurs des Berliner offiziellen deutschnationalen Organs, der „Nationalpost“, die kürzlich ihr Erscheinen eingestellt hat, zu werten.



M. Van der Velde,
der neue belgische Außenminister.

Ohne Zweifel besteht ein innerer Zusammenhang zwischen diesen politischen Erscheinungen und der Krise im Stinneskonzern, die in letzter Zeit viel von sich reden macht. Der „Vorwärts“ rechnet nicht ohne innere Genehmigung aus, daß die Gesamtverpflichtungen des Stinneskonzerns rund 200 Millionen betragen und er stellt Vergleiche an mit dem sogenannten Bramat-„Skandal“, der ein Kinderspiel sei im Vergleich zum „Stinnes-Skandal“. Man begreift die Schadenfreude der Sozialdemokraten. Aus der Bramat-Affäre hatten seinerzeit die Deutschnationalen ein politisches Schlachtfeld gemacht, da sozialdemokratische Persönlichkeiten und Zentrumsleute kompromittiert waren. Den Postminister Dr. Höfle ließ das politisch verheßte Gericht buchstäblich im Glend umkommen. Und doch war tatsächlich der Jude Bramat ein Anschuldsname gegen Hugo Stinnes und sein Anhang. Mit unterdrückter Wut erinnert sich heute jeder einsichtige Deutsche der schamlosen Ausbeutung, die sich das deutsche Volk durch die Stinnesleute und die Großindustrie mußte gefallen lassen in der Zeit der unseligen Inflation. Während die Beamten und Arbeiter sich 10 Prozent als Steuer an den Staat von ihrem Verdienst mußten abziehen lassen, ließ sich die Industrie die Steuern über ein Jahr stunden, und sie zahlte dann in entwerteten Noten, d. h. kein Prozent des wirklichen Wertes. Aber das war noch das geringste. Die famose Diskontpolitik der Reichsbank unter Havenstein warf ihr die Millionen nur so in den Schoß. Denn die Industriekredite konnten immer mit Papiermark zurückbezahlt werden, die inzwischen fast wertlos geworden waren. Mit solchen Staatskrediten kaufte Hugo Stinnes halb Deutschland und ein schönes Stück des Auslandes auf. Das deutsche Volk, das noch die Erinnerung an den kaiserlichen Brunk im Auge hatte, ließ sich blenden vom Glanze der Stinnesgröße; wie ehemals an die Durchschlagskraft der 42er Märker, glaubte es an die Siegesgewalt des Stinneskonzerns: durch seine überlegene Industrie und Wirtschaft wollte Deutschland den Endsieg an sich reißen.

Nun ist auch dieser deutsche Traum zerflissen. Es zeigte sich, daß durch den Besitz der Sachwerte allein die Pro-

duktion noch nicht beherrscht wird. Es gehört dazu noch Betriebskapital. Die Währungsstabilisation, die Stinnes jahrelang hatte hintertreiben können, mußte kommen und damit das Ende jener Kreditwirtschaft, die den Stinneschwinkel möglich machte. Die Betriebskapitalien mußten jetzt durch Arbeit aufgebracht werden, und nun zeigte es sich, daß dem Truggebäude des Stinneskonzern die Tragkraft fehlte; denn die Zentralisierung der Verantwortlichkeit hat je und je die Arbeitsleistung gemindert. Die Kapitalnot des Konzern wird nun durch das Aufwertungsgeßetz zur akuten Krise gesteigert. Die deutschen Sozialdemokraten werden im Stillen Gott danken, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Fabriken zu verstaatlichen, und daß der Mißerfolg eines Konzentrationsversuches diesmal ihre politischen Feinde trifft. Sie werden sich indessen hüten, auf diese Seite der Angelegenheit hinzuweisen und werden sich lediglich darum bemühen, die großen Steuerhinterziehungen des Konzern ans Licht zu ziehen, die allerdings allein schon den Ausdruck „Stinnes-Scandal“ rechtfertigt.

In den rheinischen Städten Köln, Aachen, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Bonn, Koblenz und Trier u. wurde die Jahrtausendfeier, die Erinnerung an die Erwerbung des deutschstämmigen nördlichen Rheinlandes durch Heinrich I. für das deutsche Königreich vom Jahre 925, mit Ausstellungen, Umzügen und Banketten festlich begangen. Es herrscht heute eine andere Stimmung am Rhein als vor zwei Jahren. Während damals die Truppen Poincarés Tausende von Familienvätern vertrieben oder einferkerten und die Inflationsmark die Mutlosigkeit und die Verzweiflung und die Reichsverdrossenheit in die Rheinlande pflanzte, lebt heute die Zuversicht wieder auf; man glaubt an den Frieden und bekennt sich wieder mit Ueberzeugung zum Reiche. Die Rentenmark, der Dawesplan und Herriot haben diesen Stimmungswechsel gebracht. Wer der Sache ganz auf den Grund geht, erkennt, daß Deutschland seine trübsten Zeiten eigentlich jenen Männern zu verdanken hat, die es so gewissenlos mit der Zuchttrute der Inflation gepeinigt haben. Das offizielle Deutschland will das heute noch nicht wahr haben und sucht den Schuldigen immer noch außerhalb des Landes.

Frankreich steht unmittelbar vor der Entscheidung, ob es den gleichen Dornenweg der Inflation wandeln will, den die besiegten Staaten Mitteleuropas schon gegangen sind. Caillaux' Finanzplan hat immer noch nicht festen Boden unter den Füßen. Die Sozialisten weigern sich, die indirekten Steuern anzuerkennen, die der Finanzdiktator dem französischen Volke auferlegen möchte; sie fordern nach wie vor die Vermögenssteuer. Der Finanzkrise droht die Verschärfung durch eine politische Krise. Darüber könnte leicht wertvolle Zeit verloren gehen und könnte zur Notwendigkeit werden, was noch vor zwei Monaten erst dem Kabinett Herriot das Genick brach: die Ausgabe neuer Noten zur Rückzahlung der 4 Milliarden fälliger Schahscheine. Die Folgen wären voraussichtlich: vermehrter Geldumlauf, rapides Steigen der Preise und entsprechendes Sinken des Kurses, Streiks und politische Unruhen, Isolierung Frankreichs, Zusammenbruch des Kolonialreiches. Die Sozialdemokraten werden es kaum zum völligen Bruche des Linkskartells kommen lassen angesichts dieser Perspektive.

Im Marokkokonflikt reißt die Entscheidung heran. Painslevés energischer Erkundigungsflug hinüber nach Marokko hat etwelche Klärung gebracht. Das Zusammenarbeiten mit Spanien ist gesichert, die Blockade der Rifküste wird vorbereitet. Sie wird unter loyaler Neutralität Englands durchgeführt werden. Abd el Krim wird kaum an den drei Jahren festhalten, für die er den Widerstand gegen Frankreich angefaßt hat; er wird als gebildeter Kulturmannsch den diplomatischen Weg vorziehen. Die kommunistische Unterstützung, die er aus Paris genießt, wird nicht weit reichen. Der Interpellant Doriot in der französischen Kammer wird sein inopportunes Einsteigen für die Rifkämpfe vielleicht

hinter schwedischen Gardinen büßen müssen — Staatsnotwendigkeiten.

Auch in China ist eine Wendung der Krise in Sicht. Die interessierten Mächte, England voran, drängen zu einer Konferenz, an der die schwebenden Fragen — Zollgesetzgebung, Fabrikordnung, Konsulargerichtsbarkeit, Handelskonzessionen usw. — geregelt werden sollen. Der Konferenz werden die Russen mit allen Mitteln entgegenarbeiten, obgleich sie mit den Japanern, die hier auf der Seite Englands und Amerikas stehen, einen Freundschaftsvertrag geschlossen haben. Denn die chinesische Revolution hat noch nicht die Kraft erlangt, die sie ihr im Interesse der sowjetischen Politik wünschen möchten. Diese trachtet danach, Englands Weltmacht so viel wie möglich zu schädigen. Die chinesische Emanzipation müßte anstedend wirken auf die Snder und die übrigen asiatischen Vasallenvölker und müßte das westeuropäische Prestige zugunsten des russischen empfindlich treffen. Wie sehr die chinesische Frage heute vom asiatischen Gesichtspunkt aus beurteilt werden muß, zeigt die Nachricht, daß Indochina bereits mit Geldmitteln die Aufstandsbewegung unterstützt.

Warum langweilen sich Eheleute miteinander?

Die Londoner Restaurants sind Sonntags von Gästen überfüllt, die an diesem Tage außer dem Hause essen. Der Dienstbotenmangel macht den Hausfrauen das Wirtschaften schwierig, und viele Eheleute ziehen es daher vor, wenigstens am Sonntag im Restaurant zu essen. Eine Dame hat nun die Beobachtung gemacht, daß die vielen jungen Ehepaare, die Sonn- und Feiertags im Restaurant essen, aussehen, als ob sie sich gräßlich miteinander langweilen. Sie haben ausgezeichnete Essen, gedämpfte Musik in passender Entfernung und festlich gekleidete Menschen überall um sich. Und doch ist die Stimmung so trübe, als ob sie beim Leichenschmaus säßen. Sie rauchen vielleicht eine Zigarette, aber ihre Blicke wandern von Tisch zu Tisch. Sie sitzen mit dem Ellbogen auf dem Tisch und den Kopf in die Hände gestützt, als ob sie hoffnungslos verzweifelt wären, und sie rühren sich nur, wenn ein neues Gericht aufgetragen wird. Manchmal liest er die Zeitung, aber sie fragt niemals, ob etwas Neues darin steht. Sie sprechen nie miteinander, sondern sind mäuschenstill. Warum?

Eine der Ursachen ist, daß sie niemals etwas lesen. Sie haben daher keinen Fonds, aus dem sie schöpfen, keine Erfahrung und keine Gedanken, auf denen sie bauen können. Die Jugend liest jetzt gar nichts, nicht einmal die neueste Literatur. Höchstens liest er eine Zeitung, und sie blättert die Berichte in einem Magazin durch, aber es fällt ihr nicht ein, sich über die innere und äußere Politik des Tages, über die Geschäftslage, Musik und Kunst zu unterrichten; daher wird sie langweilig, uninteressant und geistesarm. Das Leben besteht für sie in nichts anderem als in den kleinsten trivialen Ereignissen um sie herum, und die hat sie ihrem Mann schon auf dem Weg zum Restaurant erzählt. Er ist im selben Falle, nur etwas besser unterrichtet, da er wenigstens Zeitungen liest. Raftlos eilen ihre Blicke über den Saal, als ob sie nach etwas suchten, das besser wäre als der Mann, und er betrachtet nachdenklich eine Gesellschaft vergnügter junger Leute. Und er fragt sich selbst, warum die Unterhaltungsgabe in der Ehe aussterbe. Woüber sprachen er und seine Frau, ehe sie sich heirateten. Sie brauchten kein Gespräch. Es genügte, wenn sie einander ansahen — und das ist ein Vergnügen, das in der Ehe den Reiz verliert. Man muß daher — so meint die aufmerksame Dame — sich bemühen, die Unterhaltungsgabe auch in der Ehe zu pflegen, und auf Fragen nicht nur Ja oder Nein zu antworten.

Langweile ist nämlich oft der erste Schritt auf dem Wege zur Scheidung. („Heimat“.)